

STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

- Vorstand -

Darmstadt, den 20.8.1969

Pressemitteilung

Betr.: Genehmigung des Aufnahmestops an der TH Darmstadt durch den Hessischen Kultusminister

Am 19. 5. 1969 beschloß der Kleine Senat der TH Darmstadt einen Aufnahmestop für das WS 1969/70 und das Sommersemester 70. Dieser Aufnahmestop wurde in den folgenden Senatssitzungen auf dringenden Wunsch des Kultusministeriums wesentlich aufgeweicht durch Sonderregelungen für einzelne Studienrichtungen, zuletzt am 7. Juni 69. Er verlor damit zunehmend seinen politischen Sinn und wurde damit auch unter dem Aspekt der Gleichbehandlung der Studienanfänger immer problematischer.

Im Rahmen dieser Sonderregelung sind bisher ca. 700 - 800 Neuanfänger von insgesamt 2000 Anmeldungen aufgenommen worden. Die übrigen Anmeldungen werden vom Sekretariat der TH Darmstadt ablehnend beantwortet, mit dem Hinweis auf die bisher nicht erfolgte Genehmigung des Aufnahmestops ~~des~~ Kultusministers und die daher natürlich noch fehlende Rechtsverbindlichkeit der Ablehnung.

Obwohl der Beschluß des Senats dem Kultusminister im Wiesbaden bereits seit Monaten vorliegt, hat er sich noch nicht verbindlich dazu geäußert. Sowohl die betroffenen Studienanfänger als auch die Hochschule werden dadurch in unzumutbarer Weise hingehalten. Es liegt die Vermutung nahe, daß eine solche unbequeme Entscheidung, wie immer sie ausfällt, bis nach der Bundestagswahl hingezogen werden soll. Dann würde sich auch die Möglichkeit eröffnen, daß selbst bei Nichtgenehmigung des Aufnahmestops so kurz vor Vorlesungsbeginn nicht wesentlich mehr Studienanfänger nach Darmstadt kommen würden, da die meisten von ihnen bereits an anderen Hochschulen untergekommen wären. Man hätte für die Abiturienten und ihre Eltern, wenn auch spät, eine populäre Entscheidung getroffen und gleichzeitig die Studiensituation an der TH Darmstadt nicht wesentlich verschlechtert. Das Problem der fehlenden Kapazitäten, zu dessen Lösung dann nichts als die Verzögerung einer Entscheidung geschehen wäre, hätte man um ein Jahr vertagt. Ein Jahr, in dem man durch das neue Universitätsgesetz und andere technokratische Maßnahmen das Instrumentarium geschaffen hätte um das Kapazitätsproblem auf dem Rücken der Studenten ohne nennenswerten finanziellen Mehraufwand zu lösen.

gez. Klaus Wandel